

## DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16183  
Donnerstag, 25. November 2021

Keine rasche Entspannung am Düngemittelmarkt erwartet . . . . .	1
Deutschland: Ampelkoalition verpasst Landwirtschaft grünen Anstrich . . . . .	3
Biomasse ist wichtigster erneuerbarer Energieträger in Österreich . . . . .	4
Geflügelpest in niederösterreichischem Kleinbetrieb nachgewiesen . . . . .	5
30 Jahre Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: Mehr Zusammenhalt nötig . . . . .	6
LK OÖ: Teure Betriebsmittel neutralisieren höhere Preise für Agrarrohstoffe . . . . .	8
Ukraine: Ölfruchternte 2021 um über ein Fünftel höher als im Vorjahr . . . . .	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Keine rasche Entspannung am Düngemittelmarkt erwartet

### Experten raten zu bedarfsgerechter Versorgung und Preisabsicherungen

Wien, 25. November 2021 (aiz.info). - Die Preise für Düngemittel in der Landwirtschaft gehen seit einigen Monaten durch die Decke. Kostete in der Vergangenheit 1 kg Stickstoff durchschnittlich 1 Euro, so sind es gegenwärtig rund 2,50 Euro pro kg Stickstoff. Auch wenn sich derzeit eine Seitwärtsbewegung der Notierungen abzeichnet, wird in nächster Zeit keine schnelle Entspannung erwartet. Die Gründe für die Kostenexplosion und wie landwirtschaftliche Betriebe darauf reagieren können, erörterten die Fachexperten **Manfred Weinhappel**, Pflanzenbaudirektor der Landwirtschaftskammer (LK) Niederösterreich, sowie **Harald Lindner**, Analyst in der Marktforschung, und **Wolfgang Höfler**, Verkaufsleiter für Zentraleuropa, beide von der Borealis Group, in einem Webinar der LK Österreich, an dem über 800 Personen teilgenommen haben.

Laut Weinhappel ist jetzt der Zeitpunkt für die Bäuerinnen und Bauern gekommen, sich über eine teilweise Eindeckung des ersten Bedarfs an Stickstoffdünger für die Saison 2021/22 Gedanken zu machen. "Bei anhaltend hohen Preisen ist ein maßgeschneidertes Düngermanagement unerlässlich, denn ganz ohne Stickstoffdünger wird es nicht gehen", empfahl Weinhappel folgende Optimierungsprozesse zur Erreichung eines zufriedenstellenden Deckungsbeitrages sowie zur Risikostreuung: So gilt es beispielsweise, die Entwicklung des aktuell sehr volatilen Düngemittelmarktes intensiv zu beobachten und Händlerportfolios regelmäßig zu durchforsten. Auch ein gemeinschaftlicher Düngerankauf in größeren Chargen kann angedacht werden, um etwa massenhafte Bestellungen und Lieferengpässe zu Vegetationsbeginn zu vermeiden. Ein weiteres Instrument, das zur Verfügung steht, sind Preisabsicherungsmodelle für 2022, wie etwa für Weizen oder Raps. Derzeit wird Weizen bei einer Vermarktung im September 2022 an der Warenterminbörse Euronext in Paris mit 271 Euro/t gehandelt. Zudem bietet der Vertragsanbau, wie für Zuckerrübe, Kürbis und Erdäpfel, die Möglichkeit, mit vereinbarten Preismodellen die Erlöse richtig einschätzen zu können.

Auch das Nährstoffreservoir aus dem Vorjahr sollte je nach Vorfrucht nicht unterschätzt werden und kann anhand einer Nmin-Untersuchung ermittelt werden. Darüber hinaus geben die Nitratinformationsdienste Auskünfte zur Versorgungssituation der Böden im Frühjahr. Außerdem können weniger nährstoffbedürftige Kulturen, wie beispielsweise Sojabohne oder Braugerste, in Betracht gezogen sowie düngereintensivere Kulturen je nach Entwicklungsstand versorgt werden, das reduzierte, aber dennoch bedarfsgerechte Gaben bedeuten kann. Fällt die Entscheidung auf eine radikale Extensivierung, sollte der Landwirt genau überlegen und kalkulieren, ob sich diese tatsächlich lohnt, so Weinhappel. Nicht zuletzt haben auch weitere Produktionsfaktoren, wie Saatgut, Pflanzenschutz und Treibstoff, preislich deutlich zugelegt. Viele heimische Landwirte sind noch unschlüssig, was den nächsten Düngereinkauf betrifft, wie auch eine Umfrage während des Webinars ergeben hat. Mehr als ein Drittel der Teilnehmer gab an, noch so gut wie keinen Dünger eingekauft zu haben.

## Zusammenspiel mehrerer ungünstiger Faktoren

Der Treiber für eine derartige Preisspirale nach oben ist laut den Experten Lindner und Höfler eine Kombination verschiedenster Faktoren, die unglücklicherweise zum selben Zeitpunkt zusammengetroffen sind. Zum einen ist es die globale wirtschaftliche Erholung aus den Tiefen der Corona-Krise, durch die Fabriken wieder hochgefahren und Energiepreise befeuert wurden, zum anderen sind es Wetterextreme. "Ein 'normaler' Winter in den Anfangsmonaten 2021 in Europa hat die Gasmärkte auf dem falschen Fuß erwischt, denn die Gasspeicher waren nicht so vollgefüllt wie in den vergangenen Jahren, und so hatte Europa bereits eine schlechtere Ausgangsposition", erklärte Lindner. Ein Blackout durch eine außergewöhnliche Hitzewelle im September im Süden von China, der gleichzeitig mit einer Kältewelle im Norden von China einherging, habe einen regelrechten Energiehunger ausgelöst. Zudem musste eine durch ungünstiges Wetter weltweit reduzierte Produktion aus Wind, Sonne und Wasserkraft mit Energie aus Gas und Kohle kompensiert werden, und das Pipeline-Projekt "Nord Stream 2" ist zum Spielball politischer Interessen geworden. "Es kann jeden Tag neue Meldungen geben, die den Energiepreis nach oben ausschlagen lassen", so Lindner, der von keiner Entspannung bis zum Frühjahr 2022 ausgeht.

Borealis betreibt in Linz zwei effiziente Anlagen zur Herstellung von Ammoniak als Ausgangsstoff für die Stickstoffdüngerproduktion, wofür entsprechende Mengen Erdgas benötigt werden. Es wird hier die Basis für eine ausreichende Nährstoffversorgung landwirtschaftlicher Kulturen und damit auch für die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln gelegt, betonten die Experten.

In jüngster Vergangenheit zwang jedoch ein massiver Anstieg der Energiepreise viele Düngerhersteller, ihre Produktion zu drosseln oder zweitweise und mitunter auch endgültig einzustellen. Aber auch Wetterextreme, wie eben der Blackout in China sowie der Hurrikan Ida in den USA, haben ein kontrolliertes Niederfahren der Produktion erforderlich gemacht und die Preise besonders für Harnstoff, dem wichtigsten globalen Einzelstickstoff, nach oben getrieben. In China, wo meist Kohle und nicht Erdgas für die Düngerproduktion verwendet wird, hatte die Regierung etwa ein temporäres Ausschalten der Anlagen angeordnet, um die schlechte Luftqualität in den Griff zu bekommen. Die ungebrochen weltweit hohe Nachfrage am Düngemittelmarkt führte außerdem zu Exportbeschränkungen in zahlreichen Ländern, um ihre Eigenversorgung nicht zu gefährden, erläuterten Lindner und Höfler weiter. "Dass zugekauftes, außerhalb von Europa produziertes Ammoniak wesentlich günstiger ist als selbst erzeugtes, so etwas hat es noch nie gegeben", stellte Höfler fest. Zudem wird Harnstoff nicht nur als Dünger, sondern auch als technischer Rohstoff, zum Beispiel für AdBlue, für industrielle Zwecke und auch als Futterzusatzstoff verwendet.

Während in Österreich die Landwirte mit deutlicher Kaufrückhaltung reagierten - die Düngereinlagerungsquote liegt derzeit zwischen 40 und 50% gegenüber 80% in einem durchschnittlichen Jahr -, sind die Lagerstände bei Borealis aufgrund einer starken Nachfrage außerhalb Österreichs historisch niedrig. Auch auf hohem Niveau ist NAC gegenüber Harnstoff preislich attraktiver. Die Steigerung beträgt hier seit Juni 2021 rund 140% im Vergleich zu dem Zuwachs von 180% für Harnstoff. Aber nicht nur Stickstoffdünger sind im Aufwind, auch Phosphor und Kali sind von einer ähnlichen Dynamik erfasst, so die Experten. (Schluss) hub

## Deutschland: Ampelkoalition verpasst Landwirtschaft grünen Anstrich

Mehr Biolandbau, Änderungen in der Tierhaltung sowie weniger Pestizide vorgesehen

Berlin, 25. November 2021 (aiz.info). - In Deutschland wurden nach Bestätigung der neuen "Ampelkoalition" aus SPD, Grünen und FDP erste Vorhaben zur künftigen Ausrichtung der Landwirtschaft präsentiert. Im Koalitionsvertrag der drei Parteien sind etwa die Ausweitung des Biolandbaus auf 30% bis 2030, die Reduktion von Pestiziden und ein Verbot für Glyphosat bis Ende 2023 sowie die Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung festgeschrieben, berichtet agrarzeitung.de. Die drei Bundesministerien für Umwelt, Landwirtschaft und Wirtschaft mit dem Schwerpunkt Klimaschutz werden alle von den Grünen geführt.

Wie aus dem Koalitionsvertrag hervorgeht, will die neue deutsche Bundesregierung ab 2022 eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung einführen, die auch Transport und Schlachtung umfasst. "Unser Ziel sind entsprechende verbindliche, EU-weit einheitliche Standards. Zudem führen wir eine umfassende Herkunftskennzeichnung ein", heißt es in dem Vertrag. Der Umbau der Nutztierhaltung soll durch ein von Marktteilnehmern getragenes finanzielles System bewerkstelligt werden, mit dessen Einnahmen die laufenden Kosten landwirtschaftlicher Betriebe zweckgebunden ausgeglichen und Investitionen gefördert werden, ohne den Handel bürokratisch zu belasten. Wie das Finanzierungsinstrument konkret aussehen soll, ob Tierwohlabgabe, Erhöhung der Mehrwertsteuer etc., wurde im Koalitionsvertrag nicht näher erörtert.

Die Größe von Tierbeständen soll künftig an der Fläche ausgerichtet werden und im Einklang mit den Zielen des Klima-, Gewässer- und Emissionsschutzes (Ammoniak/Methan) stehen. "Wir wollen die Emissionen aus Ammoniak und Methan unter Berücksichtigung des Tierwohls deutlich mindern", heißt es in dem Schriftstück. Gleichzeitig ist geplant, bestehende Lücken in der Nutztierhaltungsverordnung zu schließen und damit das Tierschutzgesetz anzupassen. Maßnahmen dafür sind eine Konkretisierung der Qualzucht, eine Reduktion nicht-kurativer Eingriffe sowie die Beendigung der Anbindehaltung spätestens in zehn Jahren. "Wir führen ein Prüf- und Zulassungsverfahren für Stallsysteme sowie für serienmäßig hergestellte Betäubungsanlagen ein", heißt es im Koalitionsvertrag.

### Aus für Flächenprämien, Reduktion von Pestiziden und mehr Biolandbau geplant

Die aktuelle Architektur der Gemeinsamen Agrarpolitik soll spätestens zur Mitte der Legislaturperiode überprüft und im Sinne der Zielerreichung angepasst werden. In zwei Jahren will die deutsche Bundesregierung zudem ein Konzept vorlegen, wie die Direktzahlungen durch die Honorierung von Klima- und Umweltleistungen angemessen ersetzt werden können.

Eine Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln will das Ampelbündnis mit folgenden Maßnahmen erreichen: "Wir wollen 30% Biolandbau bis zum Jahr 2030 erzielen und analog zu bestehenden Regelungen zu Pestiziden in Naturschutzgebieten, bei denen Landwirte einen Erschwerenausgleich bekommen, Regeln für Trinkwasserschutzgebiete finden. Wir nehmen Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt. Wir setzen uns für konsequenten Insektenschutz ein, werden den Einsatz von Pestiziden deutlich verringern und die Entwicklung von natur- und

umweltverträglichen Alternativen fördern", steht im Koalitionsvertrag. Zudem sollen "alle notwendigen Maßnahmen, um europarechtliche Verpflichtungen zur Minderung von Stickstoffeinträgen in Wasser und Luft sicher zu erreichen", ergriffen und Strafzahlungen an die EU abgewendet werden.

Während die Koalitionsparteien die Züchtung von klimarobusten Pflanzensorten voranbringen, transparent über Züchtungsmethoden kommunizieren sowie die Risiko- und Nachweisforschung stärken wollen, finden Züchtungsverfahren wie die Genschere CRISPR/Cas keine Erwähnung in dem Vertragswerk. Insofern bleibt offen, welchen Umgang die Ampel mit den neuen biotechnologischen Verfahren unterstützen wird.

### **Rukwied: Wettbewerbsstarke Landwirtschaft sichern**

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Joachim Rukwied**, sieht durch den Koalitionsvertrag gewaltige Herausforderungen auf die Landwirtschaft in Deutschland zukommen. Die Absicht, eine umwelt- und klimagerechte Landwirtschaft weiterzuentwickeln, die auch den Bauern gute wirtschaftliche Perspektiven bietet, sei zu begrüßen. Es komme jedoch gerade bei den Vorhaben zum Naturschutz, zur Tierhaltung und zum Pflanzenschutz maßgeblich auf die Umsetzung an. "Wichtiges Ziel muss es sein, die heimische Landwirtschaft zu sichern und Strukturbrüche zu verhindern. Die neue Bundesregierung muss auch die Veränderungen, die die deutsche Landwirtschaft in den zurückliegenden Jahren angestoßen hat, positiv begleiten und insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit stärken", stellte Rukwied in einer ersten Reaktion klar. Positiv bewertete der DBV die Pläne zur Haltungsform- und Herkunftskennzeichnung sowie die Absicht, den Umbau zu höheren Tierwohlstandards zu erleichtern. Auch die Stärkung des kooperativen Natur- und Artenschutzes sowie der Einstieg in das Bestandsmanagement beim Wolf werden vom DBV unterstützt. (Schluss)

## **Biomasse ist wichtigster erneuerbarer Energieträger in Österreich**

### **"Basisdaten Bioenergie 2021" veröffentlicht**

Wien, 25. November 2021 (aiz.info). - Der Österreichische Biomasse-Verband hat die neunte Auflage der "Basisdaten Bioenergie Österreich" mit allen Daten und Zahlen rund um Energieverbrauch, Klimawandel und erneuerbare Energien veröffentlicht. Laut der Publikation hat sich Biomasse mit einem Anteil von 53% zum wichtigsten erneuerbaren Energieträger in Österreich entwickelt. Die Raumwärme der Haushalte wird zu über 40% aus Biomasse erzeugt. Dies beinhaltet auch biogene Fernwärme, die in etwa 2.400 dezentralen Biomasseheizwerken und 150 Holzkraftwerken produziert wird. Die Fernwärmeerzeugung aus Biomasse hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdreifacht; schon 48% der Fernwärme in Österreich sind biogener Natur, heißt es in der Publikation.

661.000 Haushalte in Österreich nutzen Holzheizkessel oder Holzöfen als Hauptheizsystem. Gestärkt durch die steigenden Öl- und Gaspreise sowie Förderprogramme von Bund und Ländern steigen die Verkaufszahlen für Biomassekessel wieder, schreibt der Österreichische Biomasse-Verband. Mehr als 8.000 installierte Pelletskessel im Jahr 2020 entsprechen einer Steigerung um 20% gegenüber dem Vorjahr. Bei Stückholz/Pellets-Kombikesseln konnten die Absatzzahlen sogar um 45% zulegen. Die Installation von mehr als 300.000 Holzzentralheizungen seit 2001 hat in Österreich zu einem

Rückgang der Feinstaubemissionen um 25% geführt. Dies liegt daran, dass moderne Biomassefeuerungen neben fossilen Heizsystemen auch alte Festbrennstoffheizungen mit hohen Emissionswerten ersetzen. Mit dem Einsatz moderner Biomasseheizungen kann der Feinstaubausstoß im Hausbrand in einem 100%-Erneuerbare-Energien-Szenario um 90% reduziert werden, so der Verband.

### **HolzdieSEL kann Land- und Forstwirtschaft erdölfrei machen**

Im Verkehr, der für 30% des Treibhausgasausstoßes in Österreich verantwortlich ist, haben sich die Treibhausgasemissionen seit 1990 um 74% erhöht. Als Grund nennt der Biomasse-Verband den stark steigenden Verbrauch von fossilen Dieselmotoren, die den Treibstoffverbrauch im Straßenverkehr mit einem Anteil von fast 75% dominieren. Biomasse bietet auch in der Mobilität Lösungen zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Mit den vorhandenen Biomassepotenzialen ist der komplette Umstieg der Land- und Forstwirtschaft von fossilem Diesel auf HolzdieSEL möglich, ist in der Publikation zu lesen. Angesichts des auch 2020 ungebrochen hohen Anfalls an Borkenkäferholz wäre dies auch eine sinnvolle Verwertungsmöglichkeit für die steigenden Mengen minderwertiger Holzsortimente aus der Forstwirtschaft, schlägt der Biomasse-Verband vor.

### **HolzKraftwerke verringern Gefahr von Blackouts**

6,4% des Stromaufkommens in Österreich basieren auf Biomasse. Aufgrund der auslaufenden Tarife nach dem Ökostromgesetz ist die Einspeisemenge von Strom aus fester Biomasse 2020 im Vergleich zu den früheren Jahren um 20% auf etwa 1,6 TWh zurückgegangen. In Anbetracht der zunehmenden Sorgen vor einem Blackout kommt den grundlastfähigen Biomassekraftwerken und Biogasanlagen eine wichtige Funktion zu, weil sie Speicherkapazitäten reduzieren und das Stromsystem stabilisieren. Das im Sommer verabschiedete Erneuerbare-Ausbau-Gesetz (EAG) soll die Stromerzeugung aus Biomasse bis 2030 um 1 TWh erhöhen.

### **"Basisdaten Bioenergie 2021"**

Die neunte Auflage der "Basisdaten Bioenergie Österreich" enthält auf 68 Seiten mehr als 80 Schaubilder und Tabellen zu Energie allgemein, Klimawandel, Forstwirtschaft, Wärme aus Biomasse, Ökostrom und Biotreibstoffen sowie zur Preisentwicklung am Energiesektor. (Schluss)

## **Geflügelpest in niederösterreichischem Kleinbetrieb nachgewiesen**

### **ErlasS von Stallpflicht für Betriebe mit mehr als 350 Hühnern in Risikogebiet**

Wien, 25. November 2021 (aiz.info). - Die AGES bestätigte laut einer Aussendung in einer kleinen Hühnerhaltung im niederösterreichischen Fischamend den ersten Fall von Geflügelpest in Österreich seit dem Frühjahr. Die Geflügelpest (Aviäre Influenza - "Vogelgrippe") breitet sich in Europa seit Mitte Oktober immer mehr aus. Der Hühnerbestand aus der betroffenen Haltung starb beziehungsweise wurde unter behördlicher Aufsicht getötet und der Betrieb gesperrt. Das Gesundheitsministerium erlässt am 25. November im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsministerium und den Bundesländern sowie aufgrund der wissenschaftlichen AGES-Expertise eine Stallpflicht für Betriebe, die mehr als 350 Stück Geflügel im Risikogebiet halten.

Geflügelhaltende Betriebe sollten besonders auf die Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen wie Fütterung in überdachten Bereichen achten. Direkte und indirekt Kontakte zwischen Geflügel und Wildvögeln sollten unbedingt verhindert werden. Bei unklaren Gesundheitsproblemen in Geflügelbetrieben sollte auf jeden Fall eine tierärztliche Untersuchung erfolgen. Die verpflichtende Meldung von tot aufgefundenen, wild lebenden Wasser- und Greifvögeln bei der lokal zuständigen Veterinärbehörde (Amtstierarzt/Amtstierärztin) ist ebenfalls für die Früherkennung wichtig.

### **Nachgewiesener H5N1-Typ ist hochpathogen - Verbreitung in Europa durch Vogelzug**

Zuletzt trat die Geflügelpest in Österreich im Frühjahr 2021 ebenfalls in einem Kleinbetrieb auf. Es handelt sich um eine Erkrankung von Vögeln, die durch Influenza-A-Viren der Subtypen H5 und H7 verursacht wird. Der Subtyp H5N1, den die AGES nun nachgewiesen hat, ist für Vögel hochpathogen (stark krank machend) und führt oft zu vielen Todesfällen, besonders in Hausgeflügelbeständen. Infektionen mit H5N1 sind in Europa beim Menschen bis jetzt nicht nachgewiesen worden.

Die Ausbreitung der Geflügelpest in Europa ist heuer besonders stark: Hochpathogene Aviäre Influenzaviren zirkulierten auch in den Sommermonaten in Wildvogelpopulationen. Durch den derzeitigen Herbstzug der Zugvögel auf verschiedenen Routen kommt es zur Verbreitung des Virus in ganz Europa. Bei der Weiterverbreitung spielen auch heimische Wildvögel, besonders Enten und Gänse, eine Rolle. Im heurigen Herbst wurde das Virus aber noch nicht bei heimischen Wildvögeln nachgewiesen. (Schluss)

## **30 Jahre Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: Mehr Zusammenhalt nötig**

### **OeNB und Sozialpartner gratulieren**

Wien, 25. November 2021 (aiz.info). - Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) begeht heute ihren 30. Geburtstag. Gemeinsam mit der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) und den österreichischen Sozialpartnern ruft sie zu mehr europäischem Engagement auf und fordert eine Europapolitik der konkreten Ergebnisse. "In der Europäischen Union beginnt eine neue Ära", sagt OeNB-Gouverneur **Robert Holzmann**. "Nach der Zeit der Gründerväter Schuman und Adenauer und der Wegbegleiter des Euro, Mitterand und Kohl, gilt es nun, den Zusammenhalt des erfolgreichsten Friedensprojektes der Nachkriegsgeschichte zu stärken und die bisherige Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Nur wenn das ökonomische Fundament des modernen Europas gefestigt und die wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden können, wird die Europäische Union sich auch weiterhin unter polarisierenden Machtblöcken erfolgreich behaupten und als gleichwertiger Partner zur Sicherung des Friedens in der Welt entscheidend mitwirken können. Die ÖGfE leistet seit nunmehr 30 Jahren über die heimischen Landesgrenzen hinaus durch viel beachtete Veranstaltungen und Publikationen einen wesentlichen Beitrag zu dieser Entwicklung. Dazu im Namen der OeNB die herzlichste Gratulation."

"Corona hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass Europa in zentralen Bereichen eine gewisse Unabhängigkeit von Drittstaaten besitzt. Eine europäische Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln, erneuerbaren Rohstoffen und Energie ist eine wichtige Sicherheitsfrage für die Zukunft und sollte auch in den EU-Nachhaltigkeitsstrategien verstärkt berücksichtigt werden. Innerhalb der EU braucht

es wiederum einen Rahmen für europäischen Gleichklang und fairen Wettbewerb, gleichzeitig aber auch Spielräume für die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten. Starke regionale Wirtschaftskreisläufe mit Produkten der lokalen Land- und Forstbetriebe nützen Bevölkerung, Wertschöpfung, Arbeitsmarkt und Klimaschutz gleichermaßen. Diese sollten somit auch von der EU anerkannt und forciert werden", betont Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger**. "Ich gratuliere der ÖGfE herzlich zu ihrem 30-jährigen Bestehen und hoffe, dass sie auch weiterhin solch zentrale Zukunftsfragen Europas thematisiert."

### **Enorme Herausforderungen nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösbar**

"Wir freuen uns, dass sich die ÖGfE seit mittlerweile drei Jahrzehnten auch für eine kritikoffene Debatte über die Europäische Union stark gemacht hat, denn das ist die Voraussetzung dafür, dass die EU die enormen Herausforderungen der Zeit auch in den nächsten 30 Jahren effektiv bewältigen kann", sagt Arbeiterkammer-Direktor **Christoph Klein**. "Egal ob es um die Bewältigung der COVID-Krise, der Klimakrise oder der wachsenden Ungleichheit in der Gesellschaft geht - wir werden diese Fragen nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösen können. Arbeiten wir deshalb gemeinsam weiter an einem Europa, das mehr als bisher ökologisch und sozial gerecht ist, aber ebenso auch entschlossener und demokratischer im Dienste der Menschen handeln kann."

"Die EU ist für Österreich Heimat und Heimmarkt: Acht von zehn Gesetzen, die die Wirtschaft betreffen, haben heute ihren Ursprung in der EU, 7 von 10 Euro unseres Außenhandels wickeln wir mit den EU-Ländern ab. Und gerade auch in Krisen, wie wir sie jetzt mit der Corona-Pandemie erleben, sind die enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit unseren EU-Partnern zentral", betont **Mariana Kühnel**, stellvertretende Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich. "Nun geht es darum, die europäische Wirtschaft nachhaltig und fit für die Zukunft aufzustellen. Wir müssen noch stärker an einem Strang ziehen, um die Chancen des digitalen und grünen Wandels bestmöglich für den Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort Europa zu nützen und uns im Wettbewerb mit Ländern wie China, den USA oder Indien behaupten zu können. Corona kann hier auch als Trampolin genutzt werden und wichtige Standortthemen wie Digitalisierung vorantreiben", so Kühnel mit Verweis auf eine aktuelle Market-Umfrage, wonach mehr als sechs von zehn heimischen Betrieben finden, dass Österreich die EU im internationalen Wettbewerb benötigt.

### **Klare Positionen vermitteln**

"Europa ist in vielen zentralen Fragen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen, gespalten: Wie können gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung sichergestellt, wie Steuersysteme fairer geregelt werden? Wie können die großen Herausforderungen Digitalisierung, Globalisierung und Klimaschutz zum Nutzen aller gestaltet werden? Und vor allem: Wie kann Europa sozialer werden? Mit diesen Herausforderungen wird sich die Europäische Union in Zukunft viel stärker auseinandersetzen müssen", sagt **Ingrid Reischl**, Leitende Sekretärin im Österreichischen Gewerkschaftsbund. "Wenn die Menschen nicht spüren, dass Politik für sie gemacht wird, dann macht sich Unzufriedenheit breit. Die ÖGfE ist ein verlässlicher Partner, wenn es darum geht, klare Positionen zu vermitteln."

"Der Brexit-Schock, die Corona-Pandemie und der Klimawandel sind eine Zäsur für Europa. Entweder die EU entwickelt sich weiter oder sie entwickelt sich zurück. Stehenbleiben ist keine Option. Gerade jetzt braucht es daher ein starkes europäisches Engagement, mutige, neue Denkansätze sowie eine proaktive und ergebnisorientierte Europapolitik, die den dringend notwendigen



Integrationsturbo zündet", so **Paul Schmidt**, Generalsekretär der ÖGfE. "Die ÖGfE wird auch in den kommenden Jahren ihren Beitrag leisten, die Debatte über die Gegenwart und Zukunft Europas mit Fakten, Ideen und positiver Emotion zu bereichern und mitzuhelfen, die europäische Integration voranzubringen. Darauf freuen wir uns." (Schluss)

## LK OÖ: Teure Betriebsmittel neutralisieren höhere Preise für Agrarrohstoffe

Gute Getreidepreise sind nicht die Ursache für gesteigerte Lebensmittelausgaben

Linz, 25. November 2021 (aiz.info). - Erfreulich zeigen sich auf den ersten Blick nach Jahren der Stagnation die stark gestiegenen Produktpreise für die Bäuerinnen und Bauern. Für die Marktfruchtbetriebe sind die Preise für Raps, Getreide, Sojabohne und Mais um 30 bis 50% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Gleichzeitig haben sich aber die Düngerkosten und hier in erster Linie jene für Stickstoff seit dem Vorjahr mehr als verdreifacht. Neben der prekären Situation am Düngemarkt sind die Kosten für Diesel, Pflanzenschutzmittel, Futtermittel, Maschinen und Baustoffe massiv im Steigen, sodass von den nun hohen Agrarrohstoffpreisen am Ende nur wenig für die Bauern übrig bleibt.

"Viele Landwirte fragen sich, wie sie ohne die notwendigen Betriebsmittel im kommenden Jahr produzieren sollen. Bezüglich der exorbitant gestiegenen Mineraldüngerkosten raten wir den Landwirten, die Wirtschaftsdünger im kommenden Jahr noch gezielter einzusetzen, auf Basis von Bodenuntersuchungen ein Jahr die Grunddüngung von Phosphor und Kali stark zu reduzieren sowie die Fruchtfolge nach Möglichkeit umzustellen, zum Beispiel auf Soja, und intensive Gespräche mit dem Handel zu führen", erläutert **Karl Grabmayr**, Vizepräsident der Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich.

"Kostensteigerungen von knapp 400 Euro pro ha neutralisieren den Mehrerlös der weiter steigenden Weizenpreise. Hier wurde allerdings unterstellt, dass der Weizenpreis 2022 gegenüber der Ernte 2021 sogar um weitere 25 Euro je t steigt, ein Umstand, der auch erst eintreten muss", erklärt **Helmut Feitzlmayr**, Leiter der Abteilung Pflanzenbau in der LK OÖ.

Gegner der Agrochemie könnten sich nun freuen, dass eine massive Verteuerung beziehungsweise Nicht-mehr-Verfügbarkeit von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln die gewünschte Ökologisierung der Landwirtschaft vorantreibe. Doch diese Einschätzung sei mehr als trügerisch: "Die weltweite Versorgung mit Getreide ist denkbar knapp und ohne Düngung und Pflanzenschutz nicht ansatzweise vorstellbar. Der globale Fleischverbrauch ist 2021 auf 346 Mio. t gestiegen und wird sich laut Einschätzung der FAO bis 2050 verdoppeln. Damit wächst der Bedarf an Mais, Getreide und Soja", verdeutlicht Grabmayr.

Die höheren Getreidepreise seien aber nicht die Ursache für steigende Lebensmittelausgaben: "Der Preiszuwachs bei Weizen verteuert eine Semmel gerade einmal um 0,25 Cent, während darin insgesamt hochqualitatives heimisches Getreide im Wert von nur 1 Cent darin verarbeitet ist", stellt Grabmayr klar.

### **Mehrkosten für Futterzukauf**

Während der Marktfruchtbetrieb, also jener, der Ackerkulturen produziert, heuer mit einem rund 200 Euro höheren Deckungsbeitrag kurzfristig profitiert, verzeichnen Tierhalter im Falle des Futterzukaufs Mehrkosten. "So verteuert gegenüber Jänner 2021 allein der höhere Futtermittelpreis aktuell die Produktion von 1 l Milch um knapp 2 Cent. Das macht pro Kuh und Jahr rund 130 Euro und in einem Betrieb mit 40 Kühen gut 5.000 Euro aus", erläutert Grabmayr.

Für ein Mastschwein liegen die Mehrkosten einschließlich der Ferkelerzeugung bei zirka 15 Euro. In der Legehennenhaltung machen die Mehrkosten für das Futter rund 3 Cent je Ei aus. In der Geflügelmast wird überwiegend in Lohnmast gearbeitet, wo der Schlachtbetrieb das Futter zur Verfügung stellt. Daher schlagen die höheren Futterkosten nicht auf den Mastbetrieb durch.

Neben den höheren Futterkosten sind auch die gestiegenen Kosten für Strom und Treibstoffe zu berücksichtigen. Gleichzeitig sei es schwierig, die höheren Produktionskosten beim Verkauf in Richtung Lebensmitteleinzelhandel umzusetzen. Gerade bei Schweinefleisch ist der europäische Markt wegen der gesunkenen Nachfrage aus Asien überfüllt, was eine Preisanhebung kurzfristig unmöglich macht. (Schluss)

## **Ukraine: Ölfruchternte 2021 um über ein Fünftel höher als im Vorjahr**

### **Größte Zuwächse bei Sojabohne und Sonnenblume**

Kiew, 25. November 2021 (aiz.info). - In der Ukraine sollen heuer etwa 22,3 Mio. t Ölfrüchte von den wichtigsten Kulturarten erzeugt werden, lautet die Prognose von Ukroliaprom, der Vereinigung ukrainischer Pflanzenölproduzenten. Das wären um 21% mehr als in der vergangenen Saison, berichtet das Kiewer Agrarinformationsportal latifundist.com unter Berufung auf den Pressedienst der Branchenorganisation. Unter anderem dürfte die Sonnenblumenernte mit rund 16 Mio. t das Ergebnis von 2020 um 22% übertreffen, während bei Raps ein Zuwachs um 7% auf 3 Mio. t sowie bei Sojabohnen um 29% auf 3,3 Mio. t zu erwarten sei. (Schluss) pom